

### **Liebe KollegInnen im öffentlichen Dienst + den ausgegliederten Betrieben!**

Unsere **Vorarbeiten für die Personalvertretungswahlen** im kommenden Spätherbst haben sich wirklich ausgezahlt – wir beraten laufend neue KandidatInnen und haben schon 2 Treffen zum Kennenlernen vor dem Sommer mit **Beratungen von ListengründerInnen** durchgeführt. Wir planen, Euch die neuen Listen im Herbst vorzustellen, nach dem neuen PV-Wahl-Kalender-2014 können Listen bis 29.10.2014 eingereicht werden. [http://www.ugoed.at/pv2014/AUFRUF-PV\\_2014.pdf](http://www.ugoed.at/pv2014/AUFRUF-PV_2014.pdf)

**In den ausgegliederten Bereichen gab es heuer bereits Betriebsratswahlen und Erfolge für unabhängige BR-Fraktionen**, die neu gewählten Betriebsrätinnen und Betriebsräte wünschen sich Schulungen von uns – daher laden wir Euch herzlich ein, uns mitzuteilen, wer sich zur Durchführung von Betriebsrät\_innen-Schulungen bereit erklärt und diese noch heuer durchführen kann.

Um den 1. Mai herum haben wir uns entschieden, dass wir in unseren Presseerklärungen ab sofort **die Regierung dazu auffordern, dass sie nachweisen möge, dass ihre Umverteilungsaktionen vor allem Frauen und Kinder fördern** – ob es sich um Bildungs- oder Gesundheitsgesetzgebung handelt, seit Ausbruch der Krise wird gespart und nicht gefördert – das wirkt sich zuallererst auf die am wenigsten Vermögenden in einer Gesellschaft aus, selbst wenn sie außerordentliche Begabungen an den Tag legen. Weil sich das Gesamtvermögen seit Gründung einer demokratischen Republik in fast hundert Jahren kaum von den Männern weg hin zu den Frauen verschieben ließ, wollen wir unsere PolitikerInnen in diese Richtung hin ermuntern – Frauen und Kinder fördern und bei der politischen Umverteilung die Auswirkungen auf sie berücksichtigen, kann zu mehr Demokratisierung führen!

Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen haben unsere **BürgerInnen-Initiative zur Arbeitszeitverkürzung** auf einer Pressekonferenz vorgestellt und die ersten 1200 Unterschriften im Parlament an Nationalratspräsidentin Prammer übergeben (siehe Foto): Ab sofort ist das Unterstützen auf der Parlamentshomepage möglich, auch für die ErstunterzeichnerInnen, die die Petition ins Parlament gebracht haben:



[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI\\_00050/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI_00050/index.shtml)

## Für Arbeitsplätze und Kaufkraft – gegen Aufnahmestopp und Nulllohnstunden!

Jede Budgeterklärung der letzten Jahre hat neue und weitere Einsparungen und Kürzungen gebracht. ÖVP-FinanzministerInnen haben mit der Kanzlerpartei SPÖ vereinbart, das Budget ausgabenseitig zu entlasten. Während die Vermögenden stündlich und täglich noch reicher werden, werden die kleinen und mittleren Monatseinkommen in der Privatwirtschaft wie in öffentlichen Diensten immer weniger wert.

**Arbeitsplätze werden gestrichen**, Dienstposten nach Pensionierung nicht nachbesetzt, die **Arbeitsbelastung steigt und die Arbeitseinkommen der Beschäftigten des Bundes und der ausgegliederten Betriebe verlieren Kaufkraft**. Die **Qualität der öffentlichen Dienste, des Sozial- und Gesundheitswesens, der Bildung und Forschung** verkommt zur Kostenfrage, Vermögenssteuern sind im Koalitionsabkommen nicht vereinbart, Zukunftsinvestitionen sind für den Finanzminister nicht leistbar. Österreich ist aber ein reiches Land. Die **solidarische Umverteilung gesellschaftlich geschaffenen Reichtums ist möglich und notwendig. Nicht nur in Österreich, sondern weltweit.**

Immer mehr Betroffene, NGOs und Gewerkschaften wollen die neoliberale Budget- und Bankensanierungspolitik nicht mehr hinnehmen und setzen **Aktionen für sozial wirksame**



**Steuerreformen zur Stärkung von Kaufkraft und Lebensqualität insbesondere kleiner und mittlerer Einkommen.** Sie fordern mit guten Gründen die Wiedereinführung bzw. **Anhebung vermögensbezogener Steuern zur Sicherung des Sozialstaates und der öffentlichen Dienste.** In AK und ÖGB organisieren FSG, UG, GLB und Teile von FCG/ÖAAB derzeit eine gemeinsame fraktionsübergreifende Offensive.

[www.lohnsteuer-runter.at/index.php](http://www.lohnsteuer-runter.at/index.php)

**Die FCG und die von ihr dominierte Gewerkschaft öffentlicher Dienst vertreten weiterhin fast ausschließlich die ÖVP-Position und lehnen vermögensbezogene Steuern ab.** FCG und GÖD-Spitzenfunktionäre wollen keinen offensiven gewerkschaftlichen Kampf um ausreichende Budgetmittel für den öffentlichen Dienst führen. So hat die FCG beim ÖGB-Kongress 2013 einmal mehr gegen Vermögenssteuern gestimmt und vertrat damit nicht die KollegInnen, sondern die Interessen von Großaktionären, Spekulanten, Agrar-Industrie, Raiffeisen und anderen Banken. Der Verzicht auf sozial umverteilende, zusätzliche Steuereinnahmen bedeutet das Hinnehmen immer neuer Budgetkürzungen. Das widerspricht den Interessen aller öffentlich Bediensteten und darüber hinaus den Interessen der ArbeitnehmerInnen aller Branchen, der Frauen und Männer, der Erwerbsarbeitslosen, der Jungen und der Alten.

## Bundes-Personalvertretungswahl 26. und 27. November 2014

Wien (APA) - Die Personalvertretungswahlen des Bundes finden am 26. und 27. November 2014 statt. Dieser Termin wurde gemäß Bundes-Personalvertretungsgesetz festgesetzt und am Dienstag im Amtsblatt der "Wiener Zeitung" am 3. Juni veröffentlicht.

**Die Wahlen bilden die Basis für die Zusammensetzung der Organe in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)** vom Präsidium abwärts. Gemäß dem Ergebnis der letzten Wahl im Jahr 2009 stellen die Christgewerkschafter (FCG) im GÖD-Vorstand mit Fritz Neugebauer nicht nur den Vorsitzenden, sondern insgesamt zwölf Mitglieder, die sozialdemokratischen Gewerkschafter (FSG) sechs. Die FCG hatte vor fünf Jahren 55,95 Prozent und 190 Mandate in den Zentralausschüssen erreicht, die FSG 28,58 Prozent und 86 Mandate. **Drittstärkste Fraktion wurden die Unabhängigen Gewerkschafter (UG) mit 7,52 Prozent und zwölf Mandaten** vor den freiheitlichen Arbeitnehmern (AUF) mit 5,72 Prozent und acht Mandaten.

Wahlberechtigt sind rund 230.000 Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes sowie Landeslehrer. Sie wählen rund 1.200 Dienststellenausschüsse in allen Dienststellen mit mehr als 20 Bediensteten, rund 180 Fachausschüsse auf der Ebene nachgeordneter Dienstbehörden und als oberste Organe auf Ressortebene mehr als 50 Zentralausschüsse.

[http://goed.at/service/gehaltstabellen-und-besoldung/artikel/goed///d295748514bfc4e46ee1ebf0adaf01/?tx\\_news\\_pi1\[news\]=350&tx\\_news\\_pi1\[controller\]=News&tx\\_news\\_pi1\[action\]=detail](http://goed.at/service/gehaltstabellen-und-besoldung/artikel/goed///d295748514bfc4e46ee1ebf0adaf01/?tx_news_pi1[news]=350&tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail)



### Personalvertretungswahlen und GÖD-Politik

Die KollegInnen wählen bei den Personalvertretungswahlen nicht nur ihre gesetzliche ArbeitnehmerInnenvertretung, sie stimmen auch über die von FCG- und FSG-Gewerkschaftspolitik der letzten 4 Jahre ab (s.o.) und bestimmen die Stärkeverhältnisse in der GÖD für die nächsten 4 Jahre, auch wenn das viele WählerInnen nicht wissen. Wer Personalvertretungslisten der FCG wählt, wählt Spindelegger, Pröll und die ÖVP gleich mit, wer FSG wählt, bestätigt ebenfalls den Budgetpfad der großen Koalition, Nulllohnrouden, Aufnahmestopp und ein LehrerInnendienstrecht mit Arbeitszeiterhöhungen und ohne Mitbestimmungsrechte. Wer mit der UG-kandidiert, steht auf für eine partei- und regierungsunabhängige Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst:

Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD stehen für soziale Umverteilung und ArbeitnehmerInneninteressen. Wir haben in der Bundeskonferenz oder der ARGE LehrerInnen UGÖD-Anträge für vermögensbezogene Steuern, für die Aufhebung des Aufnahmestopps, für Vollarbeitsplätze statt prekärer Teilzeit- und befristeter Praktikumsverträge, gegen Nulllohnrouden und schleichende Arbeitszeiterhöhung, für ein demokratisches, aufgabengerechtes Dienst- und Besoldungsrecht und entsprechende Kollektivverträge eingebracht und in unseren

Diskussionsbeiträgen begründet. Weil Sachargumente die parteipolitische Grundhaltung der Mehrheitsfraktion wenig beeindrucken, sind die UGÖD-Anträge samt darin vertretenen ÖGB-Forderungen niedergestimmt worden.

Wie unseren Argumenten geht es uns auch als Fraktion: Wir werden in der GÖD – anders als im ÖGB und anderen ÖGB-Gewerkschaften - nicht als parteiunabhängige Fraktion UG anerkannt, entgegen dem GÖD-Statut: FCG-(und FSG-)Funktionäre wollen nicht gestört werden, die Wahl einer UG-Vwertreterin/eines UG-Vertreters in den GÖD-Vorstand wird von der Mehrheit statutenwidrig verhindert, demokratische Minderheitenrechte werden außer Kraft gesetzt. Dadurch werden uns und damit vielen aktiven und aus guten Gründen parteiunabhängigen KollegInnen gewerkschaftliche Informationen, Mitwirkungsmöglichkeiten und Ressourcen vorenthalten.<sup>1</sup>

**Weil es so ist, bleibt es nicht so.** Die Personalvertretungswahlen geben den KollegInnen die Chance, für ArbeitnehmerInnenrechte und Mitbestimmung an den Dienststellen aktiv zu werden und damit auch unsere parteiunabhängige Gewerkschaftsarbeit in der GÖD zu stärken.

## **Bunte UG-Kandidaturen gegen Stellvertreter- und Parteipolitik „von oben“!**

Bis Mitte Oktober 2014 läuft die Frist für die **Einreichung von parteiunabhängigen PV-Kandidaturen mit dem Zusatz „-UG“**. UG-Listen wählen allein genügt aber nicht, denn wir wollen nach den Personalvertretungswahlen 2014 mehr und neue Personal- und GewerkschaftsvertreterInnen in immer mehr Bereichen des öffentlichen Dienstes sein! Nicht Stellvertreterpolitik ist gefragt, sondern Selbstermächtigung:

### **JOIN THE UNION – CHANGE THE UNION!**

**Information, Beratung, Schulungen und Unterstützung von Kandidaturen** gibt's bei der UGÖD [www.ugoed.at](http://www.ugoed.at), für LehrerInnen aller Schultypen: [www.oeliug.at](http://www.oeliug.at), E-Mail: [pv-wahl2014@ugoed.org](mailto:pv-wahl2014@ugoed.org)

Glück auf!

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner - UGÖD-Vorsitzteam

[beate.neunteufel-zechner@onb.ac.at](mailto:beate.neunteufel-zechner@onb.ac.at) – 0681 20 90 30 59

[reinhart.sellner@gmx.at](mailto:reinhart.sellner@gmx.at) – 0676/34 37 52

---

<sup>1</sup> Gegen diese Geringschätzung demokratischer Rechte haben wir nach vergeblicher Anrufung des gewerkschaftlichen Schiedsgerichts das Landesgericht Wien/Zivilrecht befasst, inzwischen liegt der Fall GÖD-Demokratie seit Jahresbeginn beim OGH, das Urteil wird schriftlich erfolgen.

## AK- und Betriebsratswahlen Frühjahr 2014

Einige Wahlergebnisse seit dem letzten UGÖD-Rundbrief, die Bestätigung und Stärkung der UG im ausgegliederten Bereich des öffentlichen Dienstes gebracht haben:

### AK-Wahlen 2014

Bei einer um 5% auf 39,8% gesunkenen Wahlbeteiligung haben die KollegInnen insgesamt die FSG gestärkt (von 473 auf 495 der insgesamt 840 Mandate), die FCG hat auch im ausgegliederten GÖD-Bereich deutlich verloren (von 217 auf 182 Mandate). Die Unabhängigen GewerkschafterInnen der AUGE/UG, unter ihnen auch UGÖD-BetriebsrätInnen aus dem öffentlichen Dienst, haben österreichweit 6,01 Prozent (+1,33 Prozent) und 65.590 Stimmen (+ 11.670 Stimmen) erreicht, der Mandatsstand stieg bundesweit auf 47 (+ 9) Mandate. Damit war die AUGE/UG die Fraktion mit dem größten Mandatszuwachs. Gewinne an Stimmen (von 0,82 auf 1,32) und Mandaten (von 3 auf 8) gab es auch für die linke Oppositionsliste des Gewerkschaftlichen Linksblocks/GLB.

Die Wahlergebnisse im Einzelnen:

[Vorarlberg](#) (als GEMEINSAM): 4 Mandate (+ 1 Mandat), 6,7 Prozent (+ 1,2 Prozent)

[Tirol](#) (als GRÜNE-UG): 6 Mandate (+ 1 Mandat), 8,04 Prozent (+ 1,25 Prozent)

[Salzburg](#) (AUGE/UG): 5 Mandate (+1 Mandat), 7,01 Prozent (+ 1,38 Prozent)

[Kärnten](#) (als GRÜNE/UG): 3 Mandate (+ 1 Mandat), 5,44 Prozent (+ 2,03 Prozent)

[Wien](#) (AUGE/UG): 14 Mandate (+ 1 Mandat), 7,93 Prozent (+ 0,72 Prozent)

[Oberösterreich](#) (AUGE/UG): 5 Mandate (+ 1 Mandat), 5,33 Prozent (+ 1,58 Prozent)

[Steiermark](#) (AUGE/UG): 6 Mandate (+ 2 Mandate), 5,7 Prozent (+ 1,9 Prozent)

[Burgenland](#) (AUGE/UG): 1 Mandat (+/- 0 Mandate), 3,1 Prozent (+ 1,09 Prozent)

[Niederösterreich](#) (AUGE/UG): 3 Mandate (+ 1 Mandat), 3,26 Prozent (+1,16 % Prozent)

### Betriebsratswahlen Nationalbibliothek

Die KollegInnen der Nationalbibliothek haben bei den Betriebsratswahlen noch vor dem Sommer die kompetente Arbeit der BRAK-UG und der BR-Vorsitzenden Beate Neunteufel-Zechner mit einem deutlichen Stimmenzuwachs bestätigt, 129 der 280 gültigen Stimmen und 3 Mandate bekam unsere auch in der Vernetzung der Museen und Bibliotheken aktive UG-Liste.

pps: Noch einmal die **Links zur ÖGB-Lohnsteuerkampagne und zur Online-Petition**

**LOHNSTEUER  
RUNTER!**

DAMIT NETTO MEHR GELD BLEIBT

<http://www.lohnsteuer-runter.at/index.php>

Parlamentarische  
BürgerInneninitiative  
für 7-Stunden-Arbeitstag  
[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI\\_00050/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI_00050/index.shtml)



Foto: Johanna Lena Steininger

Liebe KollegInnen und FreundInnen der UGÖD!

Wir wünschen euch und uns einen schönen Sommer, frohe und erholsame Urlaubstage, und uns allen einen erfolgreichen Herbst, altbewährte und neue, tatenfrohe KollegInnen, die das Vertreten ihrer ArbeitnehmerInneninteressen in die eigenen kompetenten Hände nehmen wollen und mit überparteilichen Listen (Zusatz -UG) bei Personalvertretungs- oder Betriebsratswahlen kandidieren – Wahlvorschläge für Dienststellenausschüsse, Fach- oder Zentralausschüsse bis spätestens 29.10. beim Wahlausschuss einbringen, Wahltag 26.+27.11.2014.

E-Mail: [pv-wahl2014@угоed.org](mailto:pv-wahl2014@угоed.org), Infos: [www.угоed.at/](http://www.угоed.at/), [www.oeliug.at](http://www.oeliug.at).

Bundesleitung UGÖD - Reinhart + Beate

ps: Im Mai 2014 ist „**Philosophie des aufrechten Gangs - Streitschrift für eine neue Schule**“ von **Oskar Negt** erschienen im Verlag Steidl – wer mag dieses Buch lesen und für uns besprechen? Ich selber habe mir ein anderes Buch von Oskar Negt für den Urlaub besorgt: *Nur noch Utopien sind realistisch!* Beate



1. Mai 2014

<http://www.ugoed.at/>

Spindeleggers Budgetrede:

# Alles Hypo !?

SPÖ und ÖVP haben im Nationalrat ein weiteres Sparpaket öffentlicher Dienst beschlossen:

- auf Kosten der Qualität des Sozial- und Rechtsstaates, auf Kosten von Bildungs- und Zukunftschancen
- auf Kosten aller Menschen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind
- auf dem Rücken der KollegInnen im öffentlichen Dienst, die weitere Arbeitsplatzvernichtung durch Bund, Länder und Gemeinden mit Mehrarbeit und Überbelastung kompensieren sollen – trotz ständig steigender Anforderungen – bis zum Burnout

## **UGÖD** für gewerkschaftliche Gegenwehr!

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP beschließen und betreiben das Abwälzen der „notverstaatlichten“ HYPO-Milliarden auf ArbeitnehmerInnen, auf prekär Beschäftigte, Schein-Selbständige und Arbeitslose, auf Junge und Alte, auf öffentlich Bedienstete aller Bereiche. Was tun GÖD-Spitzenfunktionäre? Sie empören sich lautstark über den „HYPO-Skandal“ und akzeptieren gleichzeitig den von den Parteifreunden in der Regierung verkündeten „Sachzwang“ weiterer Einsparungen im öffentlichen Dienst + den ausgegliederten Betrieben. Parteiunabhängige, offensive Gewerkschaftspolitik schaut anders aus:

## Join the Union - Change the Union - **UGÖD**!

- **aktiv** für Kampfmaßnahmen gegen die fortgesetzten Angriffe der Regierung auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen und Einkommen der öffentlich Bediensteten: **Aufnahmestopp beenden** – **Vollarbeitsplätze** statt Befristung, Teilzeit, Präkariat und Arbeitslosigkeit – **demokratisches Dienstrecht** statt Arbeitszeiterhöhung und Nulllohnstunden – **35-Stundenwoche**
- **aktiv** für gemeinsames offensives Vorgehen mit ÖGB und AK zur Sicherung des Sozialstaates und seiner öffentlichen Dienste durch **vermögensbezogene Steuern** und gegen das Sichern von Spekulationsgewinnen für Banken und Anleger.

**Wir fordern von der Regierung**

**UMVERTEILUNG – JETZT !**

**Ausreichende Budgetierung des öffentlichen Dienstes,  
des Sozial- und Bildungswesens**

Soziale und demokratische Politik muss **für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen aller** sorgen, ohne Benachteiligung durch Geschlecht, soziale Stellung und Herkunft. **Nicht nur in Österreich.**